



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Neue Schöffen und Friedensrichter 2023 im Landkreis Bautzen	4
KEIN WEITERES ASYLHEIM IN HOYERSWERDA – Online Petition	4
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten im KV Bautzen	5
Danke für schnellen und konsequenten Polizeieinsatz	5
Ukrainischer Vize – Außenminister fordert Kampffjets	6
PRESSEMITTEILUNG Gemeinderat Malschwitz	6
Malschwitzer Haushalt 2023	6
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	7
Termine im Kreisverband Bautzen	9
Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB	10
Mit dem Irrsinn Schluss machen und umsteuern	10
Karsten Hilse zur Wahl in Berlin	10
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	11
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 29.1.2023	11
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 28./29.1.2023	13
Corona Unrecht aufarbeiten!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.1.2023	13
Ärztliche Altersfeststellung von „minderjährigen“ Ausländern!	13
24 Prozent für FPÖ: Herzlichen Glückwunsch!	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 31.1.2023	15
Schluss mit der Narrenfreiheit für Klimaextremisten!	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.2.2023	15



Zahl der minderjährigen Asylbewerber um 450 Prozent gestiegen – medizinische Altersfeststellung jetzt!	15
Schandfleck? Dunkeldeutschland? Von wegen! Sachsen ist spitze!.....	16
Scheinheilige CDU auf AfD-Kurs?	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.2.2023	17
AfD-Antrag: Sächsische Kunstwerke vor Klima-Fundamentalisten schützen	17
Sachsen muss der Kriegspolitik der Bundesregierung widersprechen!.....	17
Neues von der Alternative für Deutschland	18
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	18
Herbstkampagne der Alternative für Deutschland – Deutschland kann mehr!.....	18
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien.....	18
Annalena Baerbock ist als Ministerin nicht länger tragbar!.....	18
Keine Aufnahme der Ukraine in die EU!	19
Bürger lehnen grüne Ideologie mit großer Mehrheit ab: Umfrage-Hammer bestätigt AfD-Positionen!	19
Von unserem Steuergeld: Habeck sucht Juristen für 20 Millionen Euro!.....	20
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien.....	21
Historischer Wohlstandsverlust erfordert Steuersenkungen und eine andere Energiepolitik! ..	21
Brandbrief der Kommunalpolitiker ist Offenbarungseid der laufenden Migrationspolitik!	22
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	23
Erstmals AfD-Kandidat in Thüringen zu Bürgermeister gewählt.....	23
Grüner Landrat schlägt Asyl-Alarm.....	23
Rohe Gewalt in Bautzen	23
Schlägerei nach Veranstaltung in Bautzen	23
Schlägerei in Bautzen: Drei Männer verletzen 38-jährigen an Kopf und Rücken!	23
Video: Bautzen Reichenstraße, Montag 30.1.2023.....	23
Inder randalieren auf Bautzener Reichenstraße	23
Körperverletzung am Einkaufscenter.....	23
Video: Bautzen, Netto Löbauer Straße, Donnerstag 26.1.2023	23
Auch das noch	24
Das Ende der Maskenpflicht.....	24
Erste Transgender-Eisläuferin stürzt bei EM-Premiere	24



Video-Empfehlungen	24
Enrico Komning: „Die Bürger müssen sich mit Waffen schützen können“	24
Informationskanäle der AfD.....	24
Kommunalmandate im KV Bautzen	25
PRESSE-ARCHIV.....	25
SPENDENKONTO.....	25
KONTAKT:.....	25



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Neue Schöffen und Friedensrichter 2023 im Landkreis Bautzen

Liebe Mitglieder und Unterstützer des AfD-Kreisverbandes,

neben der politischen Arbeit in den gewählten Gremien ist es wichtig, dass wir eine weitere Verankerung in der Gesellschaft erzielen. Die guten Wahlergebnisse bestätigen das, besonders in der Oberlausitz, wo wir über 30 Prozent Zustimmung erfahren.

Dies gilt es nun weiter auszubauen.

Daher rufe ich Euch/Sie auf, sich als Schöffen und Friedensrichter im Landkreis Bautzen zu bewerben.

Für Verhandlungen an den Amtsgerichten Bautzen, Kamenz und Hoyerswerda werden aktuell Schöffen und Jugendschöffen gesucht. Bewerber können sich bis Ende März beim Landratsamt Bautzen melden.

Bedingung ist, dass die Bewerber im Landkreis Bautzen wohnen, zwischen 25 und 70 Jahre alt sind und eine weiße Weste haben, also kein Ermittlungsverfahren wegen einer schweren Straftat läuft. Auch ehemalige Stasi-Mitarbeiter scheidern aus. Juristische Kenntnisse werden bei den Schöffen nicht vorausgesetzt. Schöffen erhalten Fahrtkosten und sonstige Auslagen erstattet – und den Verdienstausfall.

Bewerber können ihre Bewerbung bis 23. Mai 2023 an die Stadtverwaltung Bautzen richten (rechtsamt@bautzen.de oder telefonisch 03591-534301).

Friedensrichter werden in nahezu allen Städten und Gemeinden gesucht, die Ausschreibungen dazu finden Sie in den Mitteilungsblättern und auf den Webseiten.

Ich danke Euch/Ihnen für den Einsatz und drücke die Daumen für eine erfolgreiche Bewerbung.

Viel Erfolg!

Euer/Ihr Frank Peschel
Vorsitzender AfD-Kreisverband Bautzen

KEIN WEITERES ASYLHEIM IN HOYERSWERDA – Online Petition

<https://www.openpetition.de/petition/online/kein-weiteres-asylheim-in-hoyerswerda>

Sie können Ihre Unterschrift auch persönlich in unseren Büro´s leisten. Listen liegen aus!



PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten im KV Bautzen

Danke für schnellen und konsequenten Polizeieinsatz

Am gestrigen Montagnachmittag spielten sich beängstigende Szenen auf der Haupteinkaufsstraße, der Reichenstraße in Bautzen ab. Im Netz kursieren mehrere Videos, die offenbar zwei Ausländer zeigen, welche Werbeaufsteller herumschleudern und gegen die Schaufenster einer Pizzeria werfen.

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter erklärt dazu:

„Ich möchte der Bautzener Polizei für ihr schnelles und konsequentes Handeln danken. Unvorstellbar, was hätte vielleicht noch alles geschehen können. Nach den furchtbaren Morden durch Asylbewerber in den letzten Wochen in Deutschland, können wir von Glück sprechen, dass auf der Reichenstraße nichts Schlimmeres passierte.

Die Pressemitteilungen der Polizei zeigen jedoch, dass es gerade in den letzten Tagen immer wieder zu Auseinandersetzungen und Angriffen im Stadtgebiet Bautzen kommt. Daher kann ich die Polizei nur auffordern, weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzugreifen, um für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen und kriminelle Personen aus der Öffentlichkeit zu entfernen.



Unsere Forderung nach konsequenten Abschiebungen von Ausreisepflichtigen und Kriminellen bestätigt sich einmal mehr.“

Frank Peschel, MdL

31.1.2023

Ukrainischer Vize – Außenminister fordert Kampfjets

Und so kommt es, wie es kommen musste. Nach der Zusage Deutschlands zur Lieferung von Leopard Kampfpanzern, stellt der Vize-Außenminister der Ukraine Melnyk die Forderung nach weiterem Kriegsgerät. So schrieb er bei Twitter, dass die Alliierten nun Kampfjets wie F-16, F-35, Eurofighter, Tornados, Rafale und Gripen-Jets liefern sollen.

Die Eskalationsstufe wird immer weiter nach oben getrieben und die Regierung in Berlin nimmt billigend in Kauf unser Land in den Krieg zu ziehen. Weitere Waffen werden nur dafür sorgen, dass sich der Krieg ausweitet und noch mehr Menschenleben kosten wird.



Wichtig wären im jetzigen Moment Friedensverhandlungen und keine weiteren Waffenlieferungen! Schluss mit der Kriegstreiberei!

Doreen Schwietzer, MdL

PRESSEMITTEILUNG Gemeinderat Malschwitz

Malschwitzer Haushalt 2023

In der gestrigen Gemeinderatssitzung wurde der Haushalt für das Jahr 2023 mit einer Gegenstimme von AfD-Gemeinderat Steffen Lehmann beschlossen.



Das **ordentliche Ergebnis** weist ein **Defizit von 989.562,00 Euro** für das Jahr 2023 aus und bis 2026 sind weitere hohe Fehlbeträge eingeplant. Spätestens 2025 sind die Reserven aufgebraucht. Für den **Finanzhaushalt** plant man für das Jahr 2023 ein **Defizit von 1.626.471,00 Euro**.

Die laufende Verwaltung ist grundsätzlich zu teuer, es werden nicht einmal die Zinsen und die Tilgung für Kredite erwirtschaftet.

Die anwesenden Gemeinderatsmitglieder beauftragten gestern durch den Beschluss zur „Haushaltssatzung-2023“ Herrn Bürgermeister Matthias Seidel mit der Umsetzung des Haushaltsplans für das Jahr 2023.



Dem konnte ich als AfD-Gemeinderat so nicht zustimmen. Es handelt sich schließlich nicht um das private Geld vom Bürgermeister, Verwaltung oder Gemeinderat, sondern um das Steuergeld der Bürger, das wirtschaftlich und sparsam einzusetzen ist.

Steffen Lehmann
Gemeinderat Malschwitz / Kreisrat
1.2.2023

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/channel/UCFqfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/



Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219>

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Regionalgruppe Königsbrück

www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Termine im Kreisverband Bautzen

Mi	08.02.23	14.00-16.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE des AfD-Kreisverbandes Bautzen mit Frank Peschel, Kreisvorsitzender
Fr	10.02.23	18.30 Uhr	Hausbrauerei Rosner Taubenheimer Str. 1B 02689 Sohland	REGIONALGRUPPENSITZUNG Regionalgruppe Oberland Leitung: Frank Peschel
Di	14.02.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	14.02.23	19.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	REGIONALGRUPPENSITZUNG Regionalgruppe Bautzen Leitung: Oliver Helbing
Mi	15.02.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	16.02.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	16.02.23	19.00 Uhr	Alleerestaurant Bautzener Allee 1B 02977 Hoyerswerda	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilse, MdB "Wie die Altparteien unser Land zerstören ..."
Do	16.02.23	19.00 Uhr	Hotel Residence Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	OFFENER STAMMTISCH zur Politik in Stadt und Kreis mit Jörg Urban
Sa	18.02.23	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Do- Fr	23.02.- 24.02.23		Berlin	INFORMATIONSAHRT nach Berlin und den Deutschen Bundestag

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB

Mit dem Irrsinn Schluss machen und umsteuern



* 100 Milliarden für Kinder und Rentner statt für US-Rüstungskonzerne!

* Günstiges Gas aus Rußland statt Wucherpreise für dreckiges Gas aus den USA und Katar!

* Keine Waffenlieferungen an die Ukraine! Dies ist nicht der Krieg Deutschlands!

* Aus dem Kohleausstieg aussteigen: CO2-Steuer abschaffen, Atom- und Kohlekraftwerke ans Netz!

Frieden und Wohlstand für unsere Heimat geht nur mit einer echten Friedenspartei - der AfD!

<https://www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen/photos/a.1522507407994159/3517812561796957/>

Karsten Hilse zur Wahl in Berlin



Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass es erst nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus entscheidet, ob die Wahl am 12.02.2023 gültig ist. Damit begibt sich der Präsident des BVerfG, Stephan Harbarth, in eine Reihe mit Merkel, die eine demokratische Wahl rückgängig machen ließ. Das BVerfG eröffnet sich selbst die Möglichkeit, die Berliner Wahl rückgängig zu machen, wenn das Ergebnis nicht ihren Vorstellungen entspricht.

Das ist das beste Deutschland aller Zeiten!

<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/photos/a.375131266199774/1862546714124881/>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 29.1.2023

Liebe Freunde, liebe Leser,

ein Staat, der sich in alle möglichen Belange einmischt, versagt bei seinen Kernaufgaben.

Wir können die zeitlose Gültigkeit dieser wichtigen Einsicht nachvollziehen, wenn wir auf die zwei emotionalsten Debatten dieser Woche zurückblicken. Ich meine natürlich die Panzer-Diskussion und die grausame Messerattacke in Brokstedt.

Zunächst zu Brokstedt: Wie kann es passieren, dass ein Ausländer mit ungeklärter Staatsangehörigkeit jahrelang wehrlose Opfer mit Eisenstangen und Messern angreift?

Wie kann es sein, dass eine solch gefährliche Person für eine sechsjährige kriminelle Karriere mit Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung, Körperverletzungen und sexueller Nötigung nur eine minimale Freiheitsstrafe erhält?

Wie kann es sein, dass dieser Intensivtäter nicht abgeschoben wurde, obwohl das gesetzlich möglich gewesen wäre? Und wie kann es dann auch noch sein, dass die Behörden zwar zu der Überzeugung gelangten, das Risiko erneuter Straftaten liege bei 50 Prozent, aber trotzdem keine Sicherheitsmaßnahmen ergreifen?

Die Regierung hat hier ganz offensichtlich versagt und es versäumt, Konsequenzen aus früheren, ähnlichen Fällen wie dem Dresdner Messermord vom 4. Oktober 2020 zu ziehen.

Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser (SPD) wehrt sich nun ausgerechnet in diesen Tagen auch noch dagegen, dass die Europäische Union eine Abschiebeoffensive startet.

Der Hintergrund der ungewöhnlich offen artikulierten Rückführungsbemühungen der EU ist der steigende Druck unserer europäischen Nachbarn. Sie wollen abschieben, während die Bundes- und auch die sächsische Landesregierung mehrfach kriminell in Erscheinung getretene Ausländer schützen.

Was getan werden muss, lässt sich somit einfach skizzieren: Wir brauchen aufgrund übervoller Asylunterkünfte einen Aufnahmestopp, Grenzkontrollen und müssen alle 15.000 Ausreisepflichtigen in Sachsen abschieben.





Ferner bringen wir in der nächsten Woche erneut den Antrag in den Landtag ein, medizinische Altersfeststellungen bei unbegleiteten, minderjährigen Ausländern (umA) durchzuführen, weil viele sich jünger mogeln, um als Illegale bleiben zu können.

Leider ist absehbar, dass sowohl die CDU als auch SPD und Grüne diese vernünftige Minimalforderung ablehnen und als „fremdenfeindlich“ brandmarken. Wofür sie sich stattdessen einsetzen, ist eine unverantwortliche Straffreiheit für Kleinkriminelle.

Man muss es deshalb so deutlich sagen: Die Altparteien zerstören die Sicherheit in Deutschland. Frauen haben Angst, abends durch die Innenstädte zu flanieren. Beim Zufahren haben viele ein mulmiges Gefühl und selbst auf dem Schulweg drohen tödliche Messerattacken (Illerkirchberg).

Währenddessen meint die Bundesregierung, sich der amerikanisch dominierten Weltpolizei-Allianz mit eigenen Panzerlieferungen anschließen zu müssen, obwohl die Bundeswehr derart schlecht ausgerüstet ist, dass die Landesverteidigung im Ernstfall kaum zu bewältigen wäre.

Und dann rutscht es der grünen Außenministerin Annalena Baerbock beiläufig auch noch heraus, dass wir uns im „Krieg gegen Russland“ befänden. Nein! Wir wollen keinen Krieg! Wir wollen Frieden! Und zwar Frieden in der Welt und Frieden in unserem eigenen Land!

Um diesen Frieden zu erreichen, brauchen wir einen starken Rechtsstaat und auf dem außenpolitischen Parkett diplomatisches Geschick.

Direkt nachdem nun die Zusage zu Panzerlieferungen und der Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland kam, wurden sofort Kampfflugzeuge ins Gespräch gebracht.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erwiderte darauf, dass niemand die Absicht habe, Kampfflugzeuge oder sogar Truppen zur Verfügung zu stellen. Die USA und Frankreich schließen das aber schon jetzt nicht mehr aus.

So funktioniert eine bewusst in Gang gesetzte Eskalationsspirale. Lassen Sie uns daher bitte bei jeder Gelegenheit die Frage aufwerfen, was als Nächstes kommt? Denn wir dürfen uns nicht schrittweise in einen großen Krieg hineintreiben lassen.

Die deutsche Politik muss endlich ihre Weltpolizei-Ambitionen begraben. Einerseits wird Deutschland damit wie in Afghanistan scheitern und andererseits gibt es in Deutschland selbst genug zu tun, um die Sicherheit wiederherzustellen.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wir-wollen-frieden/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 28./29.1.2023

Corona Unrecht aufarbeiten!

Die Bundesregierung hat sage und schreibe 670 Millionen Corona-Impfdosen bestellt – damit könnte jeder Deutsche vom Baby bis zum Greis achtmal geimpft werden! Dieser Wahnsinn kostet uns Steuerzahler allein mehr als 13 Milliarden Euro. Weil die Nachfrage nach dem neuartigen Impfstoff mit bedingter Zulassung gering war, sind bereits Millionen Impfdosen verfallen. Auch in Sachsen wurde Impfstoff im großen Stil vernichtet.



Die Corona-Hysterie der Regierung hat laut WELT weitere Unsummen verschlungen: Allein für die Erstattung von Arbeitsausfällen durch die übertriebenen Isolations- und Quarantäneregeln haben Bund und Länder bisher 2,7 Milliarden Euro gezahlt. Impfzentren und Luxus-Gehälter für Impfärzte kosteten über 3 Milliarden Euro. Für Schnelltest in Schulen und Kitas waren nochmal 10,3 Milliarden Euro fällig.

Impf-Propaganda und „Öffentlichkeitsarbeit“ belasten die Staatskasse mit weiteren 500 Millionen Euro.

Wir meinen: Die maßlose Verschwendung unserer Steuergelder muss aufgearbeitet werden. Immer mehr wird klar, wie schädlich Lockdowns, Schulschließungen und Impfungen waren. Dafür muss die Regierung politisch zur Verantwortung gezogen werden.

Eine weitere Kategorie betrifft die Verfassungsbrüche und Rechtsverstöße: Aufgrund der Verschleierung von Impfnebenwirkungen forderte der Datenanalyst Tom Lausen bei einer Landtagsanhörung juristische Schritte. Auch anderes Corona-Unrecht wie die Beschränkung des Versammlungsrechts auf zehn Personen muss aufgearbeitet werden.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/9055-2/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.1.2023

Ärztliche Altersfeststellung von „minderjährigen“ Ausländern!

Eine Gang vermutlicher syrischer Jugendlicher beging am Wochenende zwei Raubüberfälle auf Jugendliche in Dresden. Kein Einzelfall: Innerhalb eines Jahres haben sich die Raubstraftaten durch Jugendgruppen in der Landeshauptstadt verdreifacht.

Gleichzeitig hat der Zustrom von angeblich minderjährigen Asylbewerbern dank offener Grenzen massiv zugenommen. In Kriebethal sollen die „Minderjährigen“ deshalb sogar in einem Seniorenheim untergebracht werden.





Da unbegleitete jugendliche Ausländer (UmA) viele Vorteile genießen, kann man auch „16-Jährige“ mit Vollbart beobachten. Untersuchungen im Saarland zeigten, dass fast die Hälfte der alleinreisenden Ausländer bei der Altersangabe gelogen hatte. Daher beantragt die AfD, bei allen ‚Minderjährigen‘ ohne Ausweispapiere eine ärztliche Altersfeststellung durchzuführen (7/11330).

„Minderjährige Ausländer genießen viele Vorteile in der Strafverfolgung und können so gut wie nicht abgeschoben werden“, kritisiert der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Sebastian Wipfel](#). „Es besteht daher ein großes Interesse des Rechtsstaats, das tatsächliche Alter der jungen Männer korrekt zu ermitteln. Zudem erspart die Beendigung des Asyl-Missbrauchs dem Steuerzahler erhebliche Ausgaben: Die aufwendige Betreuung eines Minderjährigen kostet bis zu 5.000 Euro pro Monat.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/aerztliche-altersfeststellung-von-minderjaehrigen-auslaendern/>

24 Prozent für FPÖ: Herzlichen Glückwunsch!

Der Sächsische Landtag unterhält eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Landtag von Niederösterreich. Dort wurde aktuell neu gewählt. Die freiheitliche FPÖ konnte dabei ihr bis heute bestes Ergebnis in Niederösterreich einfahren. Sie erzielte über 24 Prozent und damit fast zehn Prozent mehr als beim letzten Mal.



Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Ich möchte unseren Freunden in Niederösterreich zu diesem fantastischen Ergebnis gratulieren und wünsche ihnen bestmögliche Erfolge bei der dringend notwendigen Oppositionsarbeit.“

Wir stehen in Niederösterreich und Sachsen vor sehr ähnlichen Herausforderungen: Der FPÖ ist es gelungen, dem ‚System ÖVP‘ einen erheblichen Dämpfer zu verpassen. Eine ähnliche Vetterin [Wirtschaft](#) hat auch die sächsische CDU etabliert. Dieses Postengeschacher der Altparteien muss beendet werden.

Darüber hinaus spielte die verfehlte Einwanderungs- und Sicherheitspolitik eine große Rolle in Niederösterreich. Auch hier sehe ich Parallelen zur wortbrüchigen und vollends nach links gekippten CDU in Sachsen. Genau deshalb ist es mir wichtig, die Zusammenarbeit der patriotischen Parteien in Europa zu intensivieren. Denn nur gemeinsam werden wir die Politik der offenen Grenzen beenden. Es ist gut, dass derartige Forderungen in immer mehr europäischen Ländern zu einer Selbstverständlichkeit werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/24-prozent-fuer-fpoe-herzlichen-glueckwunsch/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 31.1.2023

Schluss mit der Narrenfreiheit für Klimaextremisten!

Laut der Dresdner Morgenpost wollten Klimaextremisten gestern den Betrieb des Kieswerks Ottendorf-Okrilla stören. Weil sie mit ihrer Aktion kläglich scheiterten, schritt die Polizei nicht ein. Ebenso duldet die Polizei die illegale Besetzung eines Waldes, in dem die Klimaextremisten Barrikaden errichteten und Gräben als Fallen für die Polizei aushoben. Laut Morgenpost plant das Innenministerium erst am 15. Februar eine Räumungsaktion und hat hierzu bereits Einsatzkräfte aus anderen Bundesländern angefordert.



Dazu erklärt der sicherheitspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Carsten Hütter](#):

„Bei mir verfestigt sich der Eindruck, dass CDU-Innenminister Armin Schuster den Klimaextremisten eine öffentlichkeitswirksame Bühne gewährt, statt kurzen Prozess zu machen und den Spuk schnell zu beenden.“

Die Klimaextremisten wurden vom Landratsamt freundlich dazu aufgefordert, das besetzte Gebiet bis zum 23. Januar 2023 zu verlassen. Ein konsequenter Innenminister hätte folglich die Räumung bereits am 24. Januar veranlassen müssen.

Das zögerliche Handeln wird für den Steuerzahler eine teure Angelegenheit und gefährdet die [Gesundheit](#) der Einsatzkräfte. Denn nun haben die Besetzer wochenlang die Möglichkeit, weitere Klimaextremisten anzukarren, Sabotageaktionen vorzubereiten und zusätzliche Fallen für Einsatzkräfte aufzubauen.

Ich fordere daher Innenminister Schuster dazu auf, schnellstmöglich räumen zu lassen! Jeder Bürger muss sich an Recht und Gesetz halten. Nachsicht für bestimmte Ideologien darf es in einem Rechtsstaat nicht geben. Dass die Grünen das anders sehen, ist bekannt. Die CDU scheint jedoch inzwischen leider ähnlich zu ticken.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/schluss-mit-der-narrenfreiheit-fuer-klimaextremisten/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.2.2023

Zahl der minderjährigen Asylbewerber um 450 Prozent gestiegen – medizinische Altersfeststellung jetzt!

Zum AfD-Antrag „Medizinische Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA)“ (7/11330) erklärt der Abgeordnete Dr. [Rolf Weigand](#):

„Die Zahl der minderjährigen Asylbewerber ist im letzten Jahr um rund 450 Prozent gestiegen und erreicht fast das Niveau von 2015. Ihre besonders aufwendige Unterbringung stößt in Sachsen längst an ihre Grenzen, wie der Konflikt um das Seniorenheim in Kriebethal beweist. Auffällig ist, dass 44 Prozent der Jugendlichen am 1. Januar Geburtstag haben. Durch die zahlreichen



Privilegien für Minderjährige ist die Versuchung für alleinreisende junge Männer groß, sich jünger auszugeben.

Deshalb fordert die AfD eine ärztliche Untersuchung zur Altersfeststellung für alle angeblich Minderjährigen, die ohne Pass einreisen. Eine Untersuchung im Saarland hatte z. B. ergeben, dass fast die Hälfte aller zweifelhaften Altersangaben tatsächlich erlogen waren.

Falsche Altersangaben wirken sich auch auf die finanzielle Situation des Freistaates aus. Die engmaschige Betreuung von minderjährigen Ausländern kostet in Sachsen bis zu 296 Euro pro Tag oder 9.176 Euro pro Monat. Diese ausufernde finanzielle Belastung hatte bereits der Sächsische Rechnungshof kritisiert.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/zahl-der-minderjaehrigen-asylbewerber-um-450-prozent-gestiegen-medizinische-altersfeststellung-jetzt/>

Schandfleck? Dunkeldeutschland? Von wegen! Sachsen ist spitze!

Zur „Kultur und Tourismus“-Fachregierungserklärung betont der tourismuspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Mario Kumpf](#):

„Sachsen steht leider sehr häufig und zu Unrecht am medialen Pranger. Weil die Sachsen noch mündige Bürger sind, beschimpft man unseren schönen Freistaat als Dunkeldeutschland und im schlimmsten Fall sogar als Schandfleck.

Eine der Hauptaufgaben von Kultur- und Tourismusministerin Barbara Klepsch (CDU) müsste es daher sein, diesen Verunglimpfungen energisch entgegenzutreten. Leider hören wir von ihr jedoch viel zu wenig, obwohl Sachsen 2022 zum gastfreundlichsten Bundesland gewählt wurde und Dresden weltweit auf Platz vier in dieser Disziplin kommt.



Das beweist: Sachsen ist weltoffen zu all jenen, die in unserem Freistaat einen unvergesslichen Urlaub verbringen möchten. Der Zuspruch aus aller Welt müsste eigentlich zur Folge haben, dass unsere Hotels, Restaurants, Ferienwohnungen und die gesamte Tourismusbranche blendende Aussichten haben.

Das ist leider nicht so, weil die Regierung den Tourismus gängelt. Ein Beispiel dafür ist die neue Mehrwegpflicht. 3.000 Betriebe sind davon in Sachsen betroffen und müssen mit höheren Kosten und einem höheren Aufwand leben. Ich frage mich, warum die Regierung dem Gastgewerbe noch weitere Knüppel zwischen die Beine wirft? Inflation und Energiekostenexplosion zu bewältigen, sind schließlich bereits schwer genug.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/schandfleck-dunkeldeutschland-von-wegen-sachsen-ist-spitze/>



Scheinheilige CDU auf AfD-Kurs?

Die sächsische CDU-Fraktion spricht sich in einem neuen Positionspapier dafür aus, eine Bejagung des Wolfs wieder möglich zu machen. Damit übernimmt die CDU eine AfD-Position.

„Die Anzahl der Wölfe in Sachsen muss reduziert werden. AfD und CDU könnten das im Landtag sofort gemeinsam beschließen. Das CDU-Positionspapier ist jedoch leider eine praxisferne Nebelkerze, die nur davon ablenken soll, dass die Wolfsregulierung in der Zwangsehe mit den Grünen nicht möglich ist“, betont der forstpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [René Hein](#).

<https://afd-fraktion-sachsen.de/scheinheilige-cdu-auf-afd-kurs/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.2.2023

AfD-Antrag: Sächsische Kunstwerke vor Klima-Fundamentalisten schützen

Zum AfD-Antrag „Historische Kunstwerke vor der politischen Vereinnahmung schützen“ (7/11486) erklärt der kulturpolitische Sprecher [Thomas Kirste](#):

„Nach dem Angriff von [Klima](#)-Fundamentalisten auf die berühmte Sixtinische Madonna herrschte auf der Regierungsbank tiefes Schweigen. Von einer klaren Zurückweisung fehlte jede Spur. Schlimmer noch: Die Generaldirektorin der Kunstsammlungen zeigte sogar Verständnis für die Motive der Täter.

Der Zweck heiligt aber niemals die Mittel. Denn dieses verantwortungslose Verhalten bereitet den Weg für Nachahmer. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, der politischen Vereinnahmung sächsischer Kunstwerke eine klare Absage zu erteilen.

Zusätzlich muss das Sicherheitskonzept der staatlichen [Museen](#) überarbeitet und die Mitarbeiter geschult werden. NRW hat es bereits erfolgreich vorgemacht. Aktuell gibt es z. B. immer noch keine umfassende Taschenkontrolle. Das habe ich selbst erlebt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-saechsische-kunstwerke-vor-klima-fundamentalisten-schuetzen/>

Sachsen muss der Kriegspolitik der Bundesregierung widersprechen!

Zur Aktuellen Debatte der AfD mit dem Titel „Dem Frieden verpflichtet! Diplomatie statt Waffen!“ erklärt der Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Wir wollen nicht, dass hunderttausende Menschen sterben, zehntausende Zivilisten sterben und ein Land völlig ruiniert wird.

Wir finanzieren den Krieg in der Ukraine zu einem beträchtlichen Teil. Deutschland gibt Milliarden Euro an Steuergeldern für Finanzhilfen und Rüstungsgüter aus. Mit den Lieferungen schwerer Waffen und mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten macht sich Deutschland zudem zur



Kriegspartei. Das kann uns nicht egal sein, denn dadurch könnte Deutschland und auch Sachsen in diesen Krieg hineingezogen werden.

Eine überwältigende Mehrheit der Sachsen lehnt diese Kriegspolitik ab. Deshalb sollte unser sächsisches Parlament und die sächsische Regierung der Bundesregierung laut und deutlich widersprechen: Wir wollen keine Waffenlieferungen! Wir wollen Diplomatie und Frieden für uns selbst, vor allem aber für die Menschen in den umkämpften Gebieten der Ukraine.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/sachsen-muss-der-kriegspolitik-der-bundesregierung-widersprechen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Herbstkampagne der Alternative für Deutschland – Deutschland kann mehr!

<https://afdbundestag.de/deutschland-kann-mehr/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien



Annalena Baerbock ist als Ministerin nicht länger tragbar!

Sie war es nie, sie beweist es fast täglich neu, doch inzwischen ist diese Fehlbesetzung eine ernsthafte Gefahr für unsere Sicherheit und den Frieden.

Dienstefrig versuchten die Hofschranzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Konzernmedien ihre Proklamation vor dem Europarat einzufangen: Ihr sei etwas »verrutscht«, das wäre keine »echte« Kriegserklärung gewesen.



Schön, wenn man als Regierung so eine Presse hat... Aber das ist ein anderes Thema. Wir können nur hoffen, daß man diese angeblich »vom Völkerrecht kommende« Außenministerin im Ausland genausowenig ernst nimmt wie ich es tue. Aber vertrauen sollten wir darauf nicht. Schließlich steht diese Äußerung in einer ganzen Reihe von Aussagen, die eine eindeutige, fanatische Einstellung offenbart. Es ist nicht damit getan, daß Bundeskanzler Olaf Scholz dem widerspricht — und trotzdem Panzerlieferungen zustimmt. Glaubwürdig wäre nur eine umgehende Entlassung der Ministerin.

Baerbock muß weg!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=878415280248789&set=a.599798814777105>

Keine Aufnahme der Ukraine in die EU!

Der ukrainische Präsident Selenskyj übt weiteren Druck hinsichtlich eines EU-Beitrittes aus. Sein Land solle sich „modern“ und „westlich orientiert“ entwickeln, so die Begründung für eine möglichst schnelle Aufnahme.

Die Wahrheit ist nicht nur, dass sich die EU im Falle eines EU-Beitrittes der Ukraine sofort im Krieg mit Russland befände, sondern auch, dass das Land vom ersten Tag an am Geldtropf aus Brüssel hänge. Deutschlands Steuerzahler müssten als größte Nettozahler in der EU noch tiefer in die Tasche greifen, nachdem schon im vergangenen Jahr mehr als 30 Milliarden Euro gezahlt wurden.



Ganz abgesehen davon, dass der Beitritt neuer Mitgliedsstaaten irgendeinen Nutzen für die EU haben muss, der hinsichtlich der Ukraine nicht zu erkennen ist, verbietet sich diese Debatte von selbst. Mindestens solange, bis die Ukraine und Russland Frieden geschlossen haben und die weitere Entwicklung absehbar ist.

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/6265082990169550/>



Bürger lehnen grüne Ideologie mit großer Mehrheit ab: Umfrage-Hammer bestätigt AfD-Positionen!

Dass die Bundesregierung mit ihren politischen Ansätzen gegen eine Mehrheit der Bürger regiert, ist jetzt auch statistisch belegt. So lehnen 88 Prozent die Geschlechterparität in Bundesministerien ab. Sie sehen keinen Grund dafür, dass der Anteil von Frauen und Männern in Ministerämtern gleich sein muss. Besonders pikant: Selbst 85 Prozent der Grünen-Wähler lehnen diese Politik ab.

Ähnlich deutlich ist auch die Ablehnung der Energiepolitik der Ampel: 71 Prozent der Deutschen wollen die Kernkraft weiter nutzen, während lediglich 29 Prozent den Komplettausstieg aus der Kernenergie befürworten. Auch in Sachen Gendersprache agieren SPD, FDP und Grüne



gegen eine große Mehrheit: 74 % der Bürger sind der Meinung, dass die deutsche Sprache nicht durch „Gendersprech“ verhunzt werden sollte.

Es gibt auch gute Nachrichten: Denn für alle jene, die diese Politik ablehnen, gibt es eine Alternative: die Alternative für Deutschland. Uns ist es nicht egal, „was die Wähler denken“, so wie es beispielsweise Annalena Baerbock ganz klar formulierte. Wir stellen Qualität vor Quote. Minister sollte nach Meinung der AfD nur werden, wer über entsprechende Qualifikationen verfügt, unabhängig vom Geschlecht. Die Kernenergie ist für uns in einem ausgeglichenen Energiemix nicht wegzudenken, das hat uns vor allem das vergangene Jahr gezeigt. Und wir sind darüber hinaus der Meinung, dass die Verunstaltung der deutschen Sprache umgehend beendet werden muss.

<https://www.facebook.com/M.Harder.Kuehnel/photos/a.319007432018563/1271887413397222/>

Von unserem Steuergeld: Habeck sucht Juristen für 20 Millionen Euro!

Wohl kaum eine andere Partei steht so sehr für Selbstbedienungs-Mentalität wie die Grünen. Besonders dreist verhält sich einmal mehr Wirtschafts- und Energieminister Habeck, der für sein Ministerium eine juristische Beratung „für Fragen der Energiewende“ sucht. Der Auftragswert des angebotenen Rahmenvertrags liegt bei bis zu 20 Millionen Euro, obwohl das Habeck-Ministerium bereits über fast 2.400 Mitarbeiter und zahlreiche Juristen verfügt. Diese 20 Millionen Euro wären wahrlich besser bei der Forschung und Weiterentwicklung der Kernenergie aufgehoben!



Indessen wirft der Mega-Auftrag natürlich die Frage auf, warum Habeck speziell für die juristische Beratung zum Thema „Energiewende“ so viel Geld ausgeben will. Offenbar schwant ihm, dass sich seine Windrad-Planwirtschaft kaum umsetzen lässt, wenn er den juristischen Spielraum für die Gängelung von Bürgern nicht massiv ausdehnt. So schafft Habeck mit der extrem teuren Beschäftigung von Hofjuristen die Grundlagen dafür, dass die Bürger mit dem Massenverarmungs-Projekt „Energiewende“ noch stärker abgezockt werden können.

Dabei muss man sich noch einmal in Erinnerung rufen, dass die Ampel-Regierung sowieso schon eine gigantische Aufblähung der Ministerien betreibt. Seit Beginn der Regierungszeit vor noch nicht einmal 14 Monaten hat die Koalition mehr als 10.000 zusätzliche Stellen in den Ministerien und nachgeordneten Stellen des Bundes geschaffen. Der gesamte Personalbestand des Bundes liegt bei rund 300.000 Beschäftigten, die jährlichen Ausgaben belaufen sich auf mehr als 38 Milliarden Euro. Damit erzeugt man natürlich auch Abhängigkeiten und rekrutiert potenzielle Wähler, die auch dann die Füße stillhalten, wenn der Niedergang unseres Landes immer unübersehbarer wird.

Die AfD fordert angesichts dieser Entwicklung seit Längerem eine Verschlinkung des Regierungsapparats und auch des Parlaments. Es würde gerade im Hause Habeck sowieso nichts nützen, wenn zusätzliche tatsächliche Fachleute eingestellt würden. Denn sobald der Rat von Experten einmal nicht zur grünen Ideologie passt, kann man sicher sein, dass er ohnehin ignoriert



oder gar mit beruflichen Konsequenzen bedacht wird. Es steht deshalb außer Frage: Wir brauchen weniger Personal in den Ministerien und dafür mehr Personal in den Schulen, bei der Polizei und beim Grenzschutz!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/6191574364206184/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Historischer Wohlstandsverlust erfordert Steuersenkungen und eine andere Energiepolitik!

Die inflationsbereinigten Reallöhne in Deutschland sind im vergangenen Jahr so stark zurückgegangen wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik, schlägt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Alarm. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alice Weidel:



„Die Politik lässt die Bürger in einem nie dagewesenen Ausmaß verarmen. Im Jahr 2022 haben die Bundesbürger den größten Reallohnverlust seit der Nachkriegszeit erlitten. Die anhaltend hohe Inflation lässt nicht nur Löhne und Gehälter schrumpfen, sondern auch die Kaufkraft von Geldvermögen und Rentenansprüchen dahinschmelzen. Gleichzeitig fließt durch explodierende Energiepreise Kaufkraft in enormen Dimensionen unwiederbringlich ins Ausland ab. Die Politik der Bundesregierung heizt diesen historischen Wohlstandsverlust noch an, statt ihm entgegenzuwirken. Mehr staatliche Umverteilung bewirkt lediglich Strohuereffekte, die die Krise auf längere Sicht nur noch verschärfen. Damit die Bürger wieder mehr netto in der Tasche haben, muss die

Rekordbelastung durch Steuern und Abgaben drastisch sinken. Die Mehrwertsteuer und die Belastung der Einkommen müssen deutlich gesenkt werden.

Im Gegenzug muss die Politik damit aufhören, das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen in alle



Welt zu verteilen und für ideologischen Unfug, Klientel- und Lobbypolitik auszugeben. Gleichzeitig muss die Bundesregierung für eine Ausweitung des Angebots an sicherer und bezahlbarer Energie sorgen, um den Kaufkraftabfluss ins Ausland aufzuhalten.

Das heißt im Klartext: Energiewende stoppen, Wiedereinstieg in die Kernkraft, Aufhebung der kontraproduktiven Rohstoffembargos gegen Russland und Wiederherstellung der Versorgungswege für günstiges russisches Erdgas. Das sind die Aufgaben, an denen diese Bundesregierung sich messen lassen muss.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1299340877316087/>

Brandbrief der Kommunalpolitiker ist Offenbarungseid der laufenden Migrationspolitik!

In einem Brandbrief haben Kommunalpolitiker Kanzler Scholz aufgefordert, in der Migrations- und Flüchtlingspolitik umzusteuern. Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Gottfried Curio:

„Wo Regierungspolitiker auf Bundesebene fröhlich Politik aus ideologischen Grundüberzeugungen machen, müssen Kommunalpolitiker vor Ort die dadurch geschaffenen Realitäten aushalten und managen. Zugleich ist deren Einschätzung aber – die Tauglichkeit der ‚großen‘ politischen Weichenstellungen für die Verhältnisse an der Basis – eben auch der ultimative Lackmустest für alle Vorstellungen, die am grünen Tisch entwickelt wurden. So rufen sie über alle Parteigrenzen hinweg vereint in ihrem Hilfeschrei dem Kanzler zu, dass endlich der Flüchtlingszustrom begrenzt werde; dass unterschieden werde, wer überhaupt hilfsbedürftig ist und wer nicht; und legen schließlich den Finger in die Wunde deutscher Migrationspolitik: dass – völlig unabhängig von irgendeinem Anspruch – hierzulande größtenteils bleibt, wer einmal illegal die Grenze überschritten hat. Um die Überlastung der Gemeinden zu verringern, werden Abschiebungen eingefordert – ja, schlicht die konsequente Anwendung von Recht und Gesetz.



Dass eine Regierung zu dergleichen erst aufgefordert werden muss, ist der ultimative Offenbarungseid der laufenden Migrationspolitik. Stellenweise liest sich der Notruf der Praktiker in den Kommunen, wie eine kurzgefasste Rekapitulation von Kernforderungen der AfD-Fraktion: ‚Setzen Sie keine weiteren Anreize, sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg in die Bundesrepublik zu machen.‘

Innenministerin Faeser hingegen tut mit ihren Migrationspaketen das genaue Gegenteil und hat gerade erst auf EU-Ebene Maßnahmen zur erleichterten Abschiebung abgelehnt – völlig unbekümmert nicht nur um die Durchsetzung des Rechts, sondern auch um die desaströsen praktischen Auswirkungen auf allen Ebenen, angefangen von nicht mehr zu leistender Arbeit in Integrationskursen über die hochproblematische Beschulung bis hin zur dramatischen Verschärfung der allgemeinen Wohnungsnot. Fragen der Finanzierung dieser ganzen Politik wie zur Lage bei der inneren Sicherheit wären zu ergänzen.



Es zeigt sich, dass die Willkür ideologiegetriebener Politik keinen Realitätscheck aushält. Wovor die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag schon lange gewarnt hat, tritt ein: der langsame, aber stetige Zusammenbruch der staatlichen Strukturen, wenn nicht endlich im Sinne einer rechtsstaatlichen und überhaupt realistischen Politik gegengesteuert wird. Für Nancy Faeser aber ist klar: Wo sie schon in der Innenpolitik nichts tut, kann sie auch weitere Funktionen wie eine landespolitische Spitzenkandidatur übernehmen – man muss fast hoffen, dass sie Ministerpräsidentin von Hessen wird, auf dass sie nicht mehr als Innenministerin ganz Deutschland mit ihrer fatalen Politik verheeren kann, sondern ihr Wirkungskreis lokal begrenzt wird.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1300738500509658/>

Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Erstmals AfD-Kandidat in Thüringen zu Bürgermeister gewählt

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-orka/afd-buergermeister-moxa-linke-100.html>

Grüner Landrat schlägt Asyl-Alarm

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gruener-landrat-asyl-alarm/>

Rohe Gewalt in Bautzen ...

Schlägerei nach Veranstaltung in Bautzen

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/schl%C3%A4gerei-nach-veranstaltung-in-bautzen/ar-AA16Ti7l>

Schlägerei in Bautzen: Drei Männer verletzen 38-jährigen an Kopf und Rücken!

<https://www.tag24.de/justiz/polizei/keilerei-in-bautzen-drei-maenner-verletzen-38-jaehrigen-an-kopf-und-ruecken-2733622>

Video: Bautzen Reichenstraße, Montag 30.1.2023

<https://www.facebook.com/100067133470999/videos/571578121375072>

Inder randalieren auf Bautzener Reichenstraße

<https://www.radiolausitz.de/beitrag/inder-randalieren-auf-bautzener-reichenstrasse-758943/>

Körperverletzung am Einkaufscenter

https://www.lausitznews.de/artikel/koerperverletzung-am-einkaufscenter_21769.html

Video: Bautzen, Netto Löbauer Straße, Donnerstag 26.1.2023

<https://www.facebook.com/ines.kanzler.73/videos/490868619683625>



Auch das noch ...

Das Ende der Maskenpflicht

„Ja, eine Maske in der Bahn kann lästig sein – das Atmen wird beschwerlicher, die Brille beschlägt, vielleicht verwischt das Make-up. Nur ist das nichtig verglichen mit dem, was Covid für die Verletzlichen bedeuten kann.“

Wer zudem meint, es gebe mittlerweile größere, drängendere Themen zu beackern als die Corona-Todeszahlen – und das am besten in aller (Masken-)Freiheit –, argumentiert denkbar schwach. Die Klimawende fördern und die Ukraine unterstützen kann auch, wer Mund und Nase im Bus bedeckt...“

Quelle: https://www.t-online.de/gesundheit/krankheiten-symptome/coronavirus/id_100122042/ende-der-maskenpflicht-unsere-gleichgueltigkeit-ist-entlarvend-.html

Erste Transgender-Eisläuferin stürzt bei EM-Premiere

<https://www.bild.de/sport/2023/sport/eiskunstlauf-em-in-finnland-transgender-laeuferin-stuerzt-bei-premiere-82732912.bild.html>

Video-Empfehlungen

Enrico Komning: „Die Bürger müssen sich mit Waffen schützen können“

<https://auf1.tv/nachrichten-auf1/enrico-komning-die-buerger-muessen-sich-mit-waffen-schuetzen-koennen/>

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen